FOTOS: GREENWOOD / GAMMA / STUDIO X (li. o.); JAD WASCHEM (li. u.); GAMMA / STUDIO X (re. o.); EUPRA PRESS SERVICE (re. u.)

Judenstern; Opfer im Konzentrationslager Dachau (1945); brennende Synagoge (in Siegen 1938); Hitler, Himmler auf dem Reichsparteitag (1938)

Das Jahrhundert des Faschismus

Der Holocaust

Die beispiellose Ermordung von sechs Millionen europäischen Juden während des Dritten Reiches entsprang Hitlers rassenpolitischem Wahn. Aber der konfiszierte Besitz der Opfer brachte dem nationalsozialistischen Staat und damit Millionen Volksgenossen auch gewaltigen materiellen Nutzen.

Das unbewältigte Verbrechen

Die Ausrottung der europäischen Juden / *Von Götz Aly*

Ohne Inschrift wird vorläufig das Mahnmal bleiben, das im neuen Berliner Parlaments- und Regierungsviertel an das frühere, durchaus volksverbundene Regierungsprojekt „Endlösung der Judenfrage“ erinnern soll. So als gelte Himmlers Verbot noch immer, über die Ausrottung der europäischen Juden öffentlich zu sprechen, so als handle es sich um ein außergeschichtliches Ereignis, an dem jeder Versuch einer Aufklärung scheitern müsste.

Wie also könnte die Inschrift lauten? Zwischen 1941 und 1945 ließ die deutsche Regierung sechs Millionen Menschen ermorden, weil sie Juden waren. Sie starben durch Hunger, Massenexekutionen und in Lagern, deren einziger Zweck die Vernichtung war. Hunderttausende Deutsche halfen mit – jeder an seiner Stelle –, dieses beispiellose Verbrechen zu begehen. Die Täter verstanden ihre Tat als Teil eines Jahrhundertwerks zur ethnischen und sozialen Neuordnung.

Noch vergeht kein Tag, an dem nicht in Europa über die Folgen des deutschen Rassenkrieges geschrieben, gesprochen und diplomatisch verhandelt würde. Mehr als ein halbes Jahrhundert danach können die zwölf kurzen Jahre des Dritten Reichs noch immer nicht zur Geschichte gerechnet werden. Die Unfähigkeit der nachgeborenen Generationen, das Geschehene zu begreifen, lässt diese zwölf Jahre Gegenwart bleiben. Die vergleichsweise folgenarme Diktatur Ulbrichts verfestigt sich längst zur Geschichte, ebenso die Ära Adenauer – nicht die Regierungszeit Hitlers.

Noch immer ist der Skandal notwendig, um einzelne Menschen, Banken oder Unternehmen, die Wehrmacht oder selbst die Historikerschaft zum Nachdenken zu bewegen. Noch immer ist es notwendig, mit denjenigen zu streiten, die es sich in einsichtsarmen Vorstellungen von den „braunen Machthabern“ bequem gemacht haben, die noch immer von der unbefleckten Soldatenehre oder wahlweise von der vergewaltigten, allenfalls verführten Arbeiterklasse erzählen.

Ganz gerecht geht es in der Hitze der Debatte nicht immer zu. Falsch ist es zum Beispiel, wenn in der aktuellen öffentlichen Diskussion der Eindruck erweckt wird, als hätten von Zwangsarbeit und Arisierung in erster Linie Großkonzerne profitiert und seien allein dafür haftbar. Wer nicht von den Vorteilen spricht, die Millionen sogenannter Volksgenossen aus dem kollektiven Raubmord wie auch der Massenverschleppung von Arbeitssklaven gezogen haben, wird die innere Logik des nationalsozialistischen Umverteilungsstaates nicht verstehen.

Heinrich Himmler bezeichnete dieses Prinzip als „Sozialismus des guten Blutes“ und sorgte dafür, dass die Vernichtung der europäischen Juden dem Volkswohl zugute kam: „Wir haben das ganze Vermögen, das wir bei den Juden beschlagnahmten – es ging in unendliche Werte –, bis zum letzten

JAD WASCHEM

Ungarische Juden an der Rampe des Konzentrationslagers Auschwitz-Birkenau (1944): *Kollektiver Raubmord*

Pfennig an den Reichswirtschaftsminister abgeführt."

Das stimmte zwar nicht ganz, weil Bereicherung und Unterschlagung auch in der SS verbreitet waren, bezeichnet aber die Tendenz. Am Ende waren allein aus jüdischem Besitz Summen erbeutet worden, die die Höhe des Jahreshaushalts des Deutschen Reiches von 1939 – 26,6 Milliarden Reichsmark – weit überstiegen.

Im Kleinen fand die Raublust ihren Ausdruck in der Versteigerung von jüdischem Hausrat auf dem Treppenabsatz. Sonderzuweisungen von Mangelwaren aus jüdischem Besitz gingen an die NS-Volkswohlfahrt und das Winterhilfswerk. Die Konfiszierung von Pelzmänteln im eiskalten Warschauer Ghetto nützte den Soldaten an der Ostfront. Jüdische Kleinkinder bekamen keine Milch, damit ihre gutrassigen Altergenossen in den Zeiten des Mangels mehr hatten.

In das von Luftangriffen schwer getroffene Hamburg wurden zwischen März 1942 und Juli 1943 allein aus Holland 45 Schiffsladungen mit insgesamt 27 227 Tonnen „Judengut" transportiert – Möbel, Einrichtungsgegenstände, Kleidung. Die Reichsbahn lenkte 2699 Waggons mit ähnlicher Ladung dorthin, zum Teil aus Frankreich – unbürokratische Soforthilfe für Bombengeschädigte. Mindestens 100 000 Haushalte aus dem Raum Hamburg profitierten damals auf diese Weise von der Ermordung der europäischen Juden, wie der Historiker Frank Bajohr in seiner Studie „Arisierung in Hamburg" herausgearbeitet hat.

Für Zwangsarbeiter entrichteten die Unternehmen in aller Regel Lohn, und zwar an die Staatskasse, für polnische und jüdische Arbeitssklaven seit 1940 zusätzlich zu allen üblichen Abgaben eine weitere „Sozialausgleichsabgabe" in Höhe von 15 Prozent.

Sie bezweckte die Sanierung der infolge des Krieges stark strapazierten Unfall-, Kranken- und Rentenversicherungen zum Nutzen der arischen Solidargemeinschaft. Auch die einbehaltenen Pensions- und Rentenansprüche der vertriebenen und später in den Tod deportierten Juden speisten die sozialen Sicherungssysteme. Die angesparten Lebensversicherungen waren oft in Dollar, Pfund oder Schweizer Franken abgeschlossen worden. Einbehalten haben die Assekuranzgesellschaften davon nichts – doch sie wurden ihrer jüdischen Versicherungsnehmer entledigt. Die waren schließlich, rein versicherungstechnisch gesprochen, zu schlechten Risiken geworden.

Sieht man von wenigen nachrichtenlosen Policen ab, so überwiesen die Versicherer den Rückkaufswert jeder von einem Juden abgeschlossenen Lebensversicherung an die zuständige Oberfinanzdirektion. Jeder Krankenhausaufenthalt eines Deutschen, jede Rente, jede Soldzahlung wurde zu einem nicht unerheblichen Teil aus solchen Staatseinnahmen finanziert.

BPK

Antisemitisches Plakat (1937)
„Sozialismus des guten Blutes"

Verhöhnung jüdischer Opfer in Polen (1939)
„Durch schnell wirkendes Mittel erledigen"

Ähnlich verhält es sich mit dem Beutegold. Die Organisatoren der Vernichtung führten es an die Reichsbank ab. Die Privatbanken, die diese Bestände dann zum Teil übernahmen, bezahlten dafür. Ihre Gewinnspannen waren enorm; sie betätigten sich, das verdient keine Nachsicht, als Hehler.

Für die erlösten Devisen oder für das Gold selbst wurde in Schweden Eisenerz erworben, in der Schweiz Butter und Maschinen, in Ungarn Getreide, Speiseöl und Aluminium. Am Ende hatte jeder Deutsche etwas von dem auf seinem Teller, was mit den Barschaften, Guthaben, Eheringen und Goldfüllungen der Ermordeten bezahlt worden war.

Der Nationalsozialismus gewann seinen Rückhalt aus der betonten Orientierung am Gemeinwohl der deutschen Mehrheit. Die Politik der Massenvernichtung stand im Dienst dieses Zieles und machte sie, ohne dass die Begünstigten darüber reden und nachdenken mussten, mehrheitsfähig.

Im Sommer 1942 setzte der spätere Kriegsernährungsminister Herbert Backe die Lieferung riesiger Mengen von Getreide und Kartoffeln durch, und zwar aus dem besetzten, vom Hunger schon schwer betroffenen Zentralpolen („Generalgouvernement"). Er begründete das am 23. Juni, einen Tag nach einem Treffen mit Himmler: „Im Generalgouvernement befinden sich noch 3,5 Millionen Juden. Polen soll noch in diesem Jahre saniert werden."

Die Zahl war stark übertrieben, oder es handelt sich um einen Schreibfehler. Jedenfalls gab Backes Verhandlungspartner in Krakau neun Wochen später die richtigen Zahlen mit derselben, deutlicher ausgesprochenen Begründung zu Protokoll: „Die Versorgung der bisher mit 1,5 Millionen Juden angenommenen Bevölkerungsmenge fällt weg, und zwar bis zu einer angenommenen Menge von 300 000 Juden, die noch im deutschen Interesse als Handwerker oder sonst wie arbeiten."

Das war die Grundlage, auf der Backes Forderungen erfüllt wurden. Die älteren Deutschen erinnern sich auf ihre Weise an den Erfolg dieser Politik, wenn sie mit anklagendem Unterton erzählen: „Im Krieg haben wir nie gehungert, erst danach!"

Liest man dazu das 53 Seiten lange Wirtschaftsgutachten, das das Reichskuratorium für Wirtschaftlichkeit (RKW) im Februar 1941 über das Warschauer Ghetto erstellte, dann wird auch hier der Zusammenhang von materiellem Nutzen und

„Die Belagerung hat gegenwärtig den Zweck, die Juden zur Herausgabe ihrer Waren, Gold und Devisenvorräte zu zwingen."

Aus einem Gutachten über das Warschauer Ghetto, Februar 1941

Rassenmord deutlich: „Der j. W. (jüdische Wohnbezirk) gleicht in seiner heutigen Konstruktion einer belagerten Festung. Die Belagerung hat gegenwärtig den Zweck, die Juden zur Herausgabe ihrer Waren, Gold und Devisenvorräte zu zwingen. Ist dies erfolgt, so tritt als wirtschaftliche Aufgabe die Ausnutzung der im j. W. vorhandenen Arbeitskraft in den Vordergrund. Zur Zeit ist aber im Generalgouvernement, von Facharbeitern abgesehen, kein Mangel an Arbeitskraft, sondern ein starker Überschuss vorhanden. Es darf daher bei der Versorgung mit Arbeit nicht eine einseitige Bevorzugung des j. W. erfolgen."

Ungelöst blieb für den Gutachter, der schon die rücksichtslose Arisierung in Wien besorgt hatte, neben dem Problem des Überschusses von Arbeitskräften das der Ernährung, für das er zwei politische Entscheidungsalternativen anbot: Entweder man versuche „durch eine einigermaßen ausreichende Ernährung die Arbeitskraft der Insassen bezw. besonders bevorzugter Teile zu erhalten", oder man sehe „den j. W. als ein Mittel an, das jüdische Volkstum zu liquidieren".

Am Ende schlug der Gutachter des RKW drei politische Entscheidungsmöglichkeiten vor. Die radikalste lautete: „Man lässt Unterversorgung eintreten ohne Rücksicht auf die sich ergebenden Folgen."

Von solchen Wirtschaftsexpertisen war es nicht weit zu dem oft zitierten Brief vom 16. Juli 1941, in dem der Verwaltungsjurist Rolf-Heinz Höppner, der für das Ghetto Lodz zuständig war, an seinen Dienstvorgesetzten Adolf Eichmann schrieb: „Es besteht in diesem Winter die Gefahr, dass die Juden nicht mehr sämtlich ernährt werden können. Es ist ernsthaft zu erwägen, ob es nicht die humanste Lösung ist, die Juden, soweit sie nicht arbeitseinsatzfähig sind, durch irgendein schnell wirkendes Mittel zu erledigen. Auf jeden Fall wäre dies angenehmer, als sie verhungern zu lassen."

Deportation Würzburger Juden (1942), Auktionsbesichtigung von konfisziertem jüdischem

GAMMA / STUDIO X

Himmler in Dachau (1938): *Beispielloses Verbrechen*

Es ist lange behauptet worden, das Besondere am Holocaust sei die Vernichtung um der Vernichtung willen gewesen, das Fehlen jedes materiellen Interesses. Davon kann, das hat die neuere Forschung gezeigt, keine Rede sein: Die Ausrottung der europäischen Juden begann erst zu dem Zeitpunkt, als sich die wirtschaftlichen, sozialpolitischen und kriegerischen Interessen mit der antisemitischen Staatsideologie trafen.

Am 11. April 1942 beschwerte sich Carl Lehmann, ein Galiziendeutscher, beim Reichsaußenminister Joachim von Ribbentrop tief erschüttert über die weithin öffentlichen Erschießungen von mehreren zehntausend Juden in und um Stanislau: „Dieselbe Taktik hat der Herr Krüger auch in anderen Ortschaften des Kreises Stanislau geübt, nämlich in Tatarow, Delatyn, Kossow, Kolomea, Rohatyn und anderen Städten, wo tausende von Juden wurden hingeschossen und lebendig begraben."

Einer der Referenten Ribbentrops nahm das Schreiben mit folgender Randnotiz zu den Akten: „Über die gegen die Juden im Generalgouvernement ergriffenen Maßnahmen dürfte an zust. Stelle hinreichende Kenntnis bestehen."

So und nur so konnte das Projekt „Endlösung" funktionieren, das hohe SS-Führer und Ministerialbeamte am 20. Januar 1942 auf der Wannseekonferenz besprochen hatten: arbeitsteilig im normalen ministerialen Ablauf, kaltherzig in der sterilen Sprache der Maßnahme. Was Carl Lehmann vom Berliner Ministerialbeamten unterschied, war seine Herzensbildung.

Der in dem Brief erwähnte Herr Krüger hieß mit Vornamen Hans, damals 33 Jahre alt, Angehöriger der Sicherheitspolizei und 1941 Leiter des Grenzpolizei-Kommissariats Stanislau. Er war im Gymnasium gescheitert und hatte dann eine Landwirtschaftslehre absolviert; das Landgericht Münster verurteilte ihn 1968 zu lebenslanger Haft, aus der er erst 1986 entlassen wurde. Eine typische SS-Karriere in dieser Zeit – doch hinter den Schreibtischen saß der akademische Nachwuchs.

In der Zivilverwaltung des besetzten Ostgalizien waren die Landräte, nach der österreichischen Verwaltungstradition Kreishauptleute genannt, für den Massenmord administrativ zuständig – überwiegend Juristen. Anders als die Chargen der Polizei wurde nach 1945 nicht einer von ihnen bestraft.

Ihre soziale Zusammensetzung zeigt sich in den Nachkriegsfunktionen: Oberregierungsrat in Hildesheim Heinz Albrecht, Kreisdirektor von Wipperfürth Viktor von Dewitz, Rechtsanwalt in Düsseldorf Hermann Görgens, angesehener links-liberaler Journalist in Hamburg Klaus Peter Volkmann (Pseudonym Peter Grubbe), Staats-

YIVO / USHMM PHOTO ARCHIVES

Besitz: *„Unendliche Werte bis zum letzten Pfennig beschlagnahmt“*

sekretär in Niedersachsen Otto Wendt, Leiter des Deutschen Industrie-Instituts Ludwig Losacker (ehemals Amtschef beim Distriktgouverneur in Lemberg), Geschäftsführer der Gesellschaft für Kernforschung Josef Brandl, Richter am Bundesverwaltungsgericht Hans-Walter Zinser, Sozialminister in Schleswig-Holstein Hans-Adolf Asbach.

Diese Herren, die in den ersten Jahrzehnten zur Elite der Bundesrepublik gehörten, hatten sich alle kraft Amtes mit der Vernichtung von insgesamt 500 000 ostgalizischen Juden befasst. Sie waren es, die laut Protokoll in „stürmischen Beifall“ ausbrachen, als der Generalgouverneur des besetzten Polen, Hans Frank, nach den großen Deportationen das Thema „Juden“ im Lemberger Opernhaus mit dem ihm eigenen Ton streifte: „Es war heute keiner mehr zu sehen. Ihr werdet doch am Ende nicht böse mit denen umgegangen sein? (Große Heiterkeit).“

Einer dieser heiteren Kreishauptleute hatte zuvor nach Hause geschrieben: „Zur Zeit siedle ich meine 7000 Juden um. Wie das geschieht, muss ich einmal mündlich berichten.“ Ein anderer hatte einschlägige Völkermordsonette verfasst: „Kugeln klatschen pfeifend in das Nackte.“

In Ostgalizien, das bis zum Juni 1941 sowjetisch besetzt gewesen war, hatte man aus dem Ghettogutachten des RKW für Warschau und einem ähnlichen des Reichsrechnungshofs für Lodz gelernt. Deshalb zeichneten dort bald die Leiter der deutschen Arbeitsämter für die Abwicklung des Mordens verantwortlich. Als Herren über Leben und Tod schritten sie in Ostgalizien zur sogenannten ABC-Registrierung der jüdischen Bevölkerung. „A“ stand für Facharbeiter in deutschen Institutionen, „B“ für allgemein Arbeitsfähige, „C“ für nicht Arbeitsfähige. Folgerichtig bezeichnete man die beschleunigte Massenexekution selbst der Kinder als „Arbeitsamtsaktion“.

Am 15. März 1942 begann in Ostgalizien die Deportation „aller entbehrlichen Juden“, nachdem die Erschießungen im Dezember unterbrochen worden waren, weil der Frost das Ausschachten der Massengräber behinderte. Das Vernichtungslager Belzec, in dem die Juden mit Hilfe von Motorabgasen erstickt wurden, war mittlerweile fertig gestellt worden.

Bald registrierte die Oberfeldkommandantur in Lemberg die Niedergeschlagenheit der dort beschäftigten jüdischen Zwangsarbeiter: „Es dürfte sich inzwischen herumgesprochen haben, dass die Evakuierten das Aussiedlungsgebiet niemals erreichen.“

Ein Unteroffizier notierte im August 1942 über die Bahnfahrt von Lemberg nach Lublin: „Wir sind am Lager Belzec vorbeigefahren“, plötzlich rief eine Mitreisende: „Jetzt kommt es!“ Zu sehen war dem Bericht zufolge nur eine Hecke und ein offener, mit Kleidung gefüllter Schuppen, zu bemerken aber „ein starker süßlicher Geruch“. – „Die stinken ja schon, sagte die Frau. Ach Quatsch, das ist das Gas, lachte der Bahnpolizist.“

In den gehobenen Kreisen von Partei und Staat kommunizierten die Beteiligten sachlicher. Zum Beispiel berichtete Reinhard Heydrich, Chef des Reichssicherheitshauptamts, am 6. Mai 1942 in Paris im kleineren Kreis deutscher Diplomaten und Offiziere über den Stand der „Endlösung“. Einer der Zuhörer notierte: „Busse, die für den Transport von Juden bestimmt sind und in die man während der Fahrt tödliches Gas einströmen lässt. Ein Versuch, der zum Leidwesen von Heydrich an unzureichender Technik scheitert. Die Busse sind zu klein, die Todesraten zu gering, dazu kommen noch andere ärgerliche Mängel. Weshalb er zum Schluss größere, perfektere, zahlenmäßig ergiebigere Lösungen ankündigt.“

Tatsächlich begannen die Massenvergasungen in Auschwitz im März 1942. Das Vernichtungslager Belzec wurde gleichzeitig in Betrieb genommen, Mitte April aber bereits für sechs Wochen geschlossen, um die tägliche Tötungskapazität auf 2000 Personen zu erhöhen, sie also zu verdreifachen. Die Vernichtungsfilialen Sobibór und Treblinka waren im Bau.

Auch die von Heydrich erwähnten Gaswagen wurden verbessert – in einer Expertise vom 5. Juni 1942 fachsimpelte der zuständige SS-Offizier über die technischen Probleme, Begriffe wie „Beschickung“ und „Stückzahl“ umschreiben Juden: „Die Beschickung der Wagen beträgt normalerweise 9 – 10 pro m². Bei großräumigen Saurer-Spezialwagen ist eine Ausnutzung in dieser Form nicht möglich, weil dadurch zwar keine Überlastung eintritt, jedoch die Geländegängigkeit sehr herabgemindert wird. Vorstehende Schwierigkeit ist nicht, wie bisher, dadurch abzustellen, dass man die Stückzahl vermindert. Bei einer Verminderung der Stückzahl wird nämlich eine längere Betriebsdauer notwendig, weil die freien

„Es wird hier ein ziemlich barbarisches Verfahren angewandt, und von den Juden selbst bleibt nicht mehr viel übrig.“

Joseph Goebbels, Tagebuch, 27. März 1942

Räume auch mit CO angefüllt werden müssen."

Bei Christian Gerlach, einem hervorragenden Kenner der nationalsozialistischen Gewaltpolitik, findet sich die folgende kontrafaktische Überlegung: „Hätte das NS-Regime im Mai 1941 ein plötzliches Ende gefunden, wäre es vor allem durch die Morde an 70 000 Kranken und Behinderten, an mehreren zehntausend jüdischen und nichtjüdischen Polen und an vielen tausend Konzentrationslagerinsassen im Deutschen Reich berüchtigt geblieben. Zum Ende des Jahres 1941 war die Zahl der Opfer der deutschen Gewaltpolitik um über drei Millionen Menschen angewachsen (die Gefallenen der Roten Armee nicht gerechnet) – darunter etwa 900 000 Juden, neun Zehntel davon in den besetzten sowjetischen Gebieten, und annähernd zwei Millionen sowjetische Kriegsgefangene."

Erst danach, im Laufe des Jahres 1942, wurden die europäischen Juden zur größten Gruppe unter den Opfern der deutschen Vernichtungspolitik.

Man kann noch weiter gehen und fragen, was wäre geschehen, wenn Nazi-Deutschland sich nicht 12, sondern 24 Jahre gehalten hätte. Viel spricht dafür, dass die Vernichtungspolitik dann noch erheblich ausgeweitet worden wäre. Innenpolitisch stand seit 1941 die Beseitigung von zwei Millionen „Asozialen" zur Diskussion. In den besetzten Gebieten des Ostens sollten die slawischen Völker um mindestens 30 Millionen Menschen „reduziert" werden, wobei nicht wenige Bevölkerungsökonomen die Meinung vertraten, die Zahl sei aus Gründen der Nahrungsmittelversorgung, des deutschen Lebensstandards und der für die Ostsiedlung vorgesehenen Hofgrößen deutlich zu niedrig angesetzt.

Seit 1942 war im besetzten Polen die Vergasung aller ansteckenden Tuberkulosekranken mindestens zweimal diskutiert worden, deutsche Amtsärzte und Fürsorgebeamte erwogen, „mit ihnen so zu verfahren wie mit den Juden". Im Sommer 1941 erstellten deutsche Wissenschaftler ein Gutachten zum Thema „Die Aussiedlung aller Polen".

Ende November desselben Jahres notierte sich der Hamburger Bürgermeister Carl Vincent Krogmann über die von der Wehrmacht beabsichtigte Konsequenz der Belagerung Leningrads: „Man nimmt an, dass der größte Teil der Menschen, ca. 5 1/2 Millionen, verhungern werden."

Schon zu Anfang des Russlandfeldzuges hatte ein Vertreter der Einsatzgruppen gegenüber Führungsoffizieren der Heeresgruppe Mitte den Plan erwogen, dass in einem „Brandstreifen" um Moskau 20 Millionen Menschen mittels einer organisierten Hungersnot den Tod finden sollten. Am weitesten wurden diese Pläne im rückwärtigen Besatzungsgebiet ebendieser Heeresgruppe realisiert, in Weißrussland: In diesem Land, das 9,2 Millionen Einwohner zählte, ermordeten Wehrmachts-, Polizei- und SS-Truppen in knapp drei Jahren 700 000 sowjetische Kriegsgefangene, mindestens 500 000 Juden, 340 000 Bauern und 100 000 Angehörige anderer Bevölkerungsgruppen. Gleichzeitig wurden 380 000 weißrussische Männer und Frauen zur Zwangsarbeit ins Reich verschleppt.

Bezieht man diese hier nur angedeuteten Ausrottungsprojekte ein, so lässt sich die Hypothese begründen, dass der Mord an den europäischen Juden der unter Kriegsbedingungen vorgezogene und am weitestgehend realisierte Teil viel größerer Vernichtungspläne war. Allerdings sollten die Millionen Nichtjuden, die zu Objekten deutscher Rassenpolitik wurden, nicht prinzipiell und nicht insgesamt ausgerottet werden. Vielmehr wurden die Praxis und Planung des Mordens je nach Kriegs- und Interessenlage korrigiert.

A. BRUTMANN

Exekution in Lettland (1941): *„Ausrottung des jüdischen Volkes"*

Das trifft auch auf die verfolgten Sinti und Roma zu. Die mittlerweile immer öfter wiederholte Behauptung, der nazistischen Zigeunerpolitik seien „eine halbe Million" Menschen zum Opfer gefallen, ist deutlich zu hoch gegriffen. Realistisch kann angenommen werden, dass etwa 200 000 Sinti und Roma im Namen der deutschen, slowakischen, rumänischen und kroatischen Rassenpolitik ermordet wurden. In den deutsch besetzten Ländern schonte man die sozial angepassten, die sesshaften Roma nicht selten; seit 1943 gab es dafür eine ganze Serie ausdrücklicher Befehle.

Das ändert nichts an der Schwere auch dieses Völkermordes – jedoch sind im Fall der europäischen Juden solche Einschränkungen nicht erlassen worden. Die Besonderheit dieses Verbrechens ergibt sich aus der Konsequenz der Mörder, aus dem 1941/42 endgültig formulierten Ziel, ausnahmslos alle Menschen auszurotten, die als Rassejuden eingestuft wurden. Wie schlimm die Lage einzelner Völker unter deutscher Herrschaft auch immer war, die Juden hatten die mit Abstand geringsten Überlebensaussichten.

Ebendeshalb liegt in ihrem Schicksal etwas Absolutes. Es wird schamhaft-abstrakt als Holocaust eher umschrieben als bezeichnet, weil es die Vorstellungskraft sprengt und jede Annäherung bis heute fragmentarisch bleiben lässt.

Die Zeitgenossen der Tat hielten sich an die Beschönigung „Judenevakuierung". Deutsche Verwaltungsbeamte benutzten den etwas deutlicheren Begriff „Endlösung der Judenfrage". Selbst in seinem Tagebuch behielt Joseph Goebbels die indirek-

BUNDESARCHIV

Jüdische Zwangsarbeiter in Weißrussland (1941): *„Ausnutzung der Arbeitskraft"*

te Redeweise bei: „Es wird hier ein ziemlich barbarisches, nicht näher zu beschreibendes Verfahren angewandt, und von den Juden selbst bleibt nicht mehr viel übrig."

Heinrich Himmler, der diese Aufgabe federführend, aber in Kooperation mit anderen Behörden übernommen hatte, sprach nur einmal, im allerengsten Kreis seiner SS-Führer, wortwörtlich von der „Ausrottung des jüdischen Volkes". Ansonsten achtete er peinlich genau auf sprachliche Sterilität.

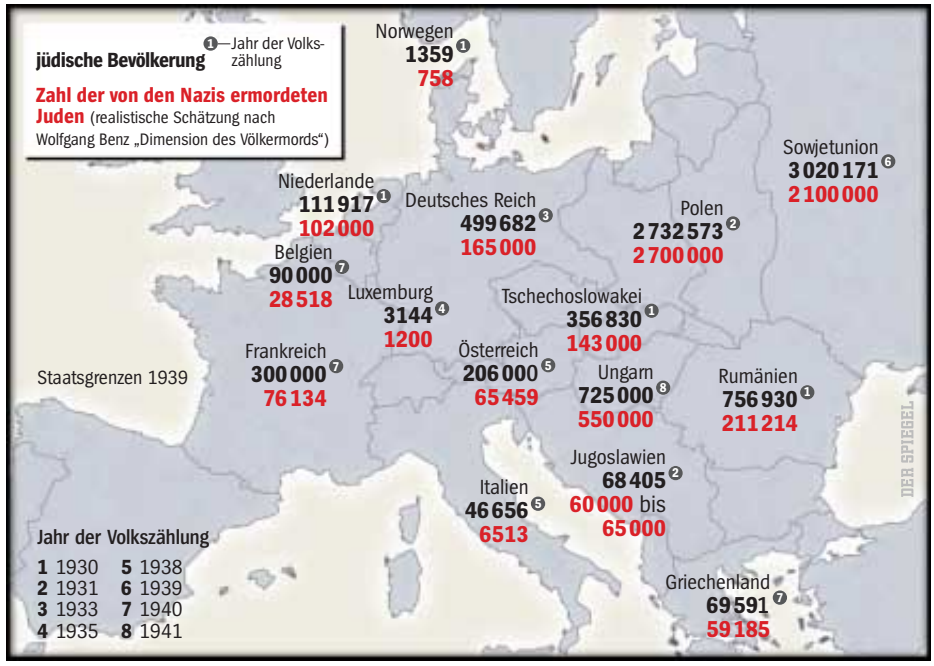
Die Technik der geheimen Maßnahme war bereits 1939 für die „Euthanasie"-Morde entwickelt worden. Vor der politischen Entscheidung zur Ermordung geistig Behinderter in Gaskammern hatte sich Hitler von seinem Leibarzt Theo Morell eine sächsische Umfrage aus den zwanziger Jahren auswerten lassen.

Damals waren die Eltern schwer behinderter Kinder – ausdrücklich hypothetisch – von einem Anstaltsdirektor gefragt worden, ob sie „in die schmerzlose Abkürzung des Lebens ihres Kindes einwilligen" würden. Die Antworten hatten ergeben, dass eine Reihe der Befragten durchaus einverstanden gewesen wären, aber Wert darauf legten, nicht in die Entscheidung einbezogen zu werden. Ihnen sei es lieber, hatten sie gesagt, wenn man ihnen mitteilte, ihr Kind sei den Folgen seiner schweren Leiden erlegen.

Morell folgerte daraus für seinen überlieferten Vortrag bei Hitler: „Man darf nicht denken, dass man keine heilsame Maßnahme ohne das Placet des Souveräns Volk ausführen könnte."

Ganz ähnlich argumentierte Himmler, als er 1943 den Reichs- und Gauleitern über die Judenvernichtung berichtete: „Man wird vielleicht in ganz später Zeit sich einmal überlegen können, ob man dem deutschen Volke etwas mehr darüber sagt. Ich glaube, es ist besser, wir – wir insgesamt – haben das für unser Volk getragen, haben die Verantwortung auf uns genommen (die Verantwortung für eine Tat, nicht nur für eine Idee) und nehmen dann das Geheimnis mit in unser Grab."

Die breite Akzeptanz in der deutschen Gesellschaft konnte nur in einer passiven, unausgesprochenen Komplizenschaft erreicht werden. Mehr war aber auch nicht nötig. Die Vernichtungsprogramme mussten daher, wie durchsichtig auch immer, als kriegsbedingte Maßnahmen verschleiert bleiben. In der sprachlichen Tarnung, in der Deklarierung als „Geheime Reichssache", lag eine Offerte an jeden Einzelnen: Er brauchte sein Gewissen damit nicht zu belasten und konnte sich so aus der Mitverantwortung stehlen.



Wenn später fast alle damals erwachsenen Deutschen auf den Vorwurf „Ihr müsst das gewusst haben!" mit selbstsicherem „Nein" reagierten, dann deshalb. Die richtige Frage lautet: Warum wollte die Mehrheit der Deutschen so wenig wissen?

Die Diskussion der letzten Jahre um die Restitution jüdischen Eigentums brachte Belege dafür, dass die Komplizenschaft über die Deutschen hinausging. Bürger und Institutionen vieler Staaten dieses Kontinents profitierten von der deutschen Judenverfolgung. In Warschau, Amsterdam oder Paris gelangten jüdische Wohnungen, Läden und Kleinbetriebe, Gemälde, Schmuck und Antiquitäten vielfach unter deutscher Besatzung in einheimischen Besitz. Nur deshalb hält zum Beispiel die Tschechische Republik die Ari-

XXP / DER SPIEGEL

Deutsche beim Anblick ermordeter russischer Gefangener, US-Soldaten (1945)*: *Unausgesprochene Komplizenschaft*

sierungsakten bis heute eisern unter Verschluss.

Die Ablehnung der Deportation ihrer jüdischen Staatsbürger durch die dänische Regierung oder durch das faschistische Italien blieben Ausnahmen. Französische Polizisten trieben die todgeweihten Juden im besetzten und unbesetzten Frankreich zusammen. Holländische Bürokraten lieferten den Besatzungsherren jene Personendateien aus, die Auskunft über das religiöse Bekenntnis gaben. Lettische und ukrainische Hilfsverbände stellten die Mannschaften zahlloser Exekutionskommandos, bald schon wurden „fremdvölkische Hiwis“ des Völkermords aus den Reihen gefangener Rotarmisten angeworben. Die Deportation von 440 000 ungarischen Juden bewältigte Adolf Eichmann 1944 binnen drei Monaten mit einem Stab von 60 deutschen Mitarbeitern, gestützt auf die hoch motivierte Gendarmerie des Landes.

Unzählige Primärquellen, Zeugenvernehmungen und Berichte Überlebender belegen diese Zusammenhänge. Viele deutsche Historiker übergehen solche Dokumente, mitunter weil sie nicht in ihr Weltbild passen, meistens aber um den Eindruck nationaler Selbstentlastung zu vermeiden. Es stellt sich jedoch die Frage, inwieweit das Projekt „Endlösung“ die deutsche Gewaltherrschaft im besetzten Europa stabilisierte und eher zur Integration als zum Widerstand der unterworfenen Völker beitrug.

In diesem Zusammenhang müssen auch am Volkswohl orientierte Ideen zur Eigentumsumverteilung gesehen werden, die ganz Europa beherrscht haben. So gingen die politischen Leitbegriffe des gemeinnützigen Raubes – in Russland die „Sowjetisierung“, in Polen die „Polonisierung“, in der Tschechoslowakei die „Tschechisierung“ – dem erst später entwickelten Schlagwort „Arisierung“ um mehr als ein Jahrzehnt voraus.

Die Enteignung stigmatisierter Minderheiten und Klassen gereichte, bei aller Unterschiedlichkeit der jeweiligen Praxis, stets zum Vorteil des kollektiv geadelten Staatsvolks. Sie war lange vor der NS-Herrschaft in vielen Staaten Europas populär.

Für den Erfolg der NSDAP bildete die Idee vom nationalen Sozialismus die wichtigste politische Grundlage. Sie stützte sich auf die Lehre von der Ungleichheit der Rassen und versprach den Angehörigen der Herrenrasse – und das war die übergroße Mehrheit der Deutschen – im selben Atemzug mehr Chancengleichheit und bessere Aufstiegsmöglichkeiten als während der Kaiserzeit und noch in der Republik.

So gesehen ist der Rassismus – einschließlich des beispiellosen Staatsverbrechens der „Endlösung der Judenfrage“ – eine Spielart des Egalitarismus, also einer der stärksten Tendenzen des 20. Jahrhunderts.

BERLINER ZEITUNG

Der Autor
Götz Aly, 52, Privatdozent an der FU Berlin und Redakteur der „Berliner Zeitung“, veröffentlichte „‚Endlösung‘. Völkerverschiebung und der Mord an den europäischen Juden“ (S. Fischer Verlag, 1995).

* Auf amerikanischen Befehl hatten zuvor Zivilisten aus dem westfälischen Suttrop die Leichen aus einem Massengrab geborgen.

LITERATUR

SAUL FRIEDLÄNDER: „Das Dritte Reich und die Juden. Die Jahre der Verfolgung 1933 – 1939“. C. H. Beck Verlag, München 1998; 458 Seiten – *Die für diesen Zeitabschnitt beste Synthese.*

CHRISTIAN GERLACH: „Krieg, Ernährung, Völkermord. Forschungen zur deutschen Vernichtungspolitik im Zweiten Weltkrieg“. Hamburger Edition, Hamburg 1998; 308 Seiten – *Aufarbeitung bisher unbekannter Quellen.*

WASSILI GROSSMAN, ILJA EHRENBURG (HRSG.): „Das Schwarzbuch. Der Genozid an den sowjetischen Juden“. Rowohlt Verlag, Reinbek 1994; 1150 Seiten – *1944/45 im Auftrag des Jüdischen Antifaschistischen Komitees, Moskau, erarbeitete Dokumentation.*

RAUL HILBERG: „Die Vernichtung der europäischen Juden“. Fischer Taschenbuch Verlag, Frankfurt am Main 1994; drei Bände, 1350 Seiten – *Pionierwerk von 1961.*

DIETER POHL: „Nationalsozialistische Judenverfolgung in Ostgalizien 1941 – 1944. Organisation und Durchführung eines staatlichen Massenverbrechens“. Oldenbourg Verlag, München 1996; 456 Seiten – *Die bislang gründlichste Regionalstudie.*

LENI YAHIL: „Die Shoah. Überlebenskampf und Vernichtung der europäischen Juden“. Luchterhand Verlag, München 1998; 1056 Seiten – *Gesamtdarstellung, die viele Zeugnisse der Ermordeten und Entronnenen berücksichtigt.*